
Ernst Nolte, "Vergangenheit, die nicht vergehen will" [Historikerstreit], 6. Juni 1986

Zusammenfassung

Der sogenannte "Historikerstreit" von 1986/87 war "die letzte große intellektuelle Auseinandersetzung in der alten Bundesrepublik" (U. Herbert), die entlang traditioneller Rechts-Links-Schemata ausgefochten wurde. Entgegen ihrer irreführenden Bezeichnung war die Kontroverse nicht in erster Linie von fachlichen Gegensätzen geprägt, sondern von einem erbitterten Kampf um die diskursive Deutungshoheit über die Geschichte des Nationalsozialismus, die öffentliche Erinnerung und die nationale Identität der Deutschen. Hintergrund der Konfrontation waren geschichtspolitische Bestrebungen der CDU-geführten Bundesregierung, die das Rückgrat einer anvisierten "geistig-moralischen Wende" nach Ende des sozial-liberalen Jahrzehnts der 1970er Jahre darstellen sollten. Als unmittelbarer Auslöser des Konflikts gilt jedoch ein Essay des Historikers Ernst Nolte, in dem ein Kausalzusammenhang zwischen dem "Archipel GULag" und der Shoa postuliert wurde. Seine Argumentation erschien zahlreichen Kritikern als apologetische Relativierung des Genozids an den europäischen Juden und trat eine Welle von Diskussionsbeiträgen los, die über zwei Jahre nicht abebben sollte.

Einleitung

Am selben Tag, an dem die Frankfurter Römerberggespräche, ein bedeutendes intellektuelles Diskussionsforum, unter dem Motto "Politische Kultur – heute?" eröffnet wurden, veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am 6. Juni 1986 eine "Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte". So untertitelte der Berliner Zeithistoriker und Faschismusexperte Ernst Nolte einen Essay, der ursprünglich als Vortrag für die Römerberggespräche konzipiert worden war. Der Konservative Nolte hatte seine Teilnahme an den Gesprächen abgesagt, nachdem die Veranstalter ihm überraschend mitgeteilt hatten, dass sein vorgesehenes Vortragsthema "Die Vergangenheit, die nicht vergehen will. Auseinandersetzung oder Schlußstrich?" nun kurzfristig an Wolfgang Mommsen, einen linksliberalen Sozialhistoriker, vergeben werden sollte. Wie der Untertitel andeutet, interpretierte Nolte diesen Vorgang als Akt der Zensur im Sinne jener "Frageverbote", gegen die er bereits Ende der 1970er Jahre in der FAZ polemisiert hatte.

Die Frage, die Nolte im öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik tabuisiert sah, betraf die historischen Ursachen des nationalsozialistischen Genozids an den europäischen Juden. In seinem FAZ-Artikel vom Juni 1986 legte er der breiten Öffentlichkeit dazu seine Überlegungen dar, die einen Sturm der Empörung auslösen sollten. Die Fragen – oder besser: Thesen – die Nolte als "zulässig, ja unvermeidbar" erschienen und auf die seine späteren Kritiker mit entschiedenster Ablehnung reagierten, formulierte er wie folgt:

"Vollbrachten die Nationalsozialisten eine ‚asiatische‘ Tat [in Anspielung auf eine dt. Quelle über den Völkermord an den Armeniern, MK] vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat

betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag‘ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords‘ der Nationalsozialisten?"

Dieser Abschnitt enthält zugespitzt und in nuce eine Argumentation, deren Grundlagen Nolte bereits 1963 in seiner klassischen Faschismusanalyse "Der Faschismus in seiner Epoche" gelegt hatte und die in seinen Büchern von 1974 ("Deutschland und der Kalte Krieg") und 1983 ("Marxismus und Industrielle Revolution") ausgearbeitet worden war. Er unternahm den hochgradig spekulativen Versuch, den Genozid der Nationalsozialisten aus deren eigenen Wahrnehmungen und Motivationen heraus zu erklären. Maßgebliche Kausalursache der Shoah war nach Nolte ein überschießender antibolschewistischer Angstreflex: Auf die vom Bolschewismus ausgehende Vernichtungsdrohung (den "Klassenmord") reagierten Hitler und das deutsche Bürgertum mit einer fast spiegelbildlich konstruierten Gegenreaktion (dem "Rassenmord"), die der eigenen Vernichtung durch den Gegner zuvorkommen sollte. In diesem Sinne konstatierte Nolte, daß "all dasjenige, was die Nationalsozialisten taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in einer umfangreichen Literatur der zwanziger Jahre [also während des "Roten Terrors" und der frühen Herrschaftszeit Stalins, MK] bereits beschrieben war: Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderungen nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als 'feindlich' erachteter Menschen."

Auch unabhängig von Noltens Intentionen enthielten diese Thesen apologetisches und geschichtsrevisionistisches Potential. Nicht nur erscheint die Shoah in dieser Argumentation "als eine Art von putativer Notwehr" (U. Herbert) gegen die bolschewistische Bedrohung. Auch übernimmt sie implizit, in methodisch konsequenter Einfühlung in die Akteure, die Gleichsetzung zwischen Juden und Bolschewisten, die zum Kernbestand nationalsozialistischer Legitimationsmythen zählte. Angesichts dessen konnte drastische Kritik nicht ausbleiben. Mit seinem Artikel "Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung" in der ZEIT vom 11. Juli 1986 und mit massiven Angriffen gegen Nolte eröffnete der linksliberale Sozialphilosoph Jürgen Habermas die publizistische Auseinandersetzung, die als "Historikerstreit" in die Zeitgeschichte der Bundesrepublik eingehen sollte.

Warum lösten Noltens Thesen, die er seit über zwei Jahrzehnte sukzessive entwickelte, zuspitzte und auch öffentlich diskutierte, erst in den Jahren 1986/87 eine breite, von der Öffentlichkeit wahrgenommene Kontroverse aus? Obwohl vom Fach registriert und durchaus kritisiert galten Noltens krude Theorien bis über die 1980er Jahre hinaus als wenig mehr als die "spekulative Marotte eines geschichtsphilosophischen Außenseiters" (K. Große Kracht). Wodurch erhielten sie 1986 ihr öffentlichkeitswirksames Konfliktpotential?

Einen Anhaltspunkt dazu liefert der erste Abschnitt von Noltens FAZ-Essay, der sich mit dem Titel und ursprünglichen Vortragsthema "Vergangenheit, die nicht vergehen will" auseinandersetzte. Der Nationalsozialismus, so Nolte, entziehe sich in der Bundesrepublik dem natürlichen historischen Vergehen, er sei immer noch präsent "als Schreckbild, als eine Vergangenheit, die sich gradezu als Gegenwart etabliert oder wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist". Dieses vermeintliche Wiedergängertum des Dritten Reiches führte Nolte nicht allein auf die "Ungeheuerlichkeit der fabrikmäßigen Vernichtung von mehreren Millionen Menschen" zurück, die er durchaus nicht ausblendete. Er sah darüber hinaus auch die "Interessen einer neuen Generation" und "der Verfolgten und ihrer Nachfahren" im Spiel, nebst der Haltung aller Pazifisten und Feministinnen, für die der

Nationalsozialismus ein bequemes und eindeutiges, jederzeit aktualisierbares Feindbild darstelle. Suggestiv fragte er, "ob es wirklich nur die Verstocktheit [...] der Stammtische [war], die diesem Nichtvergehen der Vergangenheit widerstrebte und einen ‚Schlußstrich‘ gezogen wissen wollte, damit die deutsche Vergangenheit sich nicht mehr grundsätzlich von anderen Vergangenheiten unterscheide? Steckt nicht in vielen der Argumente und Fragen ein Kern des Richtigen, die gleichsam eine Mauer gegen das Verlangen nach immer fortgehender ‚Auseinandersetzung‘ mit dem Nationalsozialismus aufrichten?".

Auch wenn Nolte festhielt, daß die in seinen Augen verfehlte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus "von einem ‚Schlußstrich‘ ebenso weit entfernt war wie von der immer wieder beschworenen ‚Bewältigung‘", mußten seine Überlegungen zum Nicht-Vergehen der Vergangenheit in der politischen Landschaft Mitte der 1980er Jahre hellhörig machen. Der Regierungswechsel von 1982, der eine CDU/CSU/FDP-Koalition unter Führung des promovierten Historikers Helmut Kohl an die Macht brachte, hatte das sozialliberale Jahrzehnt der 1970er Jahre beendet. Begleitet war der Amtswechsel, der sich durch eine große inhaltliche Kontinuität zur Regierung Schmidt auszeichnete, von einer rhetorischen Offensive, die unter dem Stichwort "geistig-moralische Wende" den Christdemokraten die Hegemonie über den öffentlichen Diskurs zurückerobern sollte. Kernstück der konservativen Wenderhetorik war eine in hohem Maße symbolträchtige Geschichtspolitik.

Die Geschichtspolitik der Regierung Kohl folgte zwei Leitlinien: erstens der Deaktualisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit durch Gesten des symbolischen Abschlusses und der Versöhnung und zweitens der Festigung einer national-bundesdeutschen Identität durch Etablierung eines zustimmungsfähigen Geschichtsbildes. Beide Bestrebungen lösten unter linken und SPD-nahen Intellektuellen massiven Widerstand und lautstarken Protest aus. Dieser Hegemoniekampf um Geschichte, Erinnerung und Identität stellte den Kontext dar, in dessen Rahmen Noltés Thesen erst als öffentlichkeitswirksamer Zündstoff fungieren konnten.

Am 25. Januar 1984 hatte Kohl seine Rede vor der israelischen Knesset mit einem Hinweis auf die "Gnade der späten Geburt" begonnen, die seiner Generation (Jahrgang 1930) zuteil geworden sei. Die Formulierung wurde von Kommentatoren in Deutschland und Israel kritisch aufgenommen und als Versuch gedeutet, eine definitive Grenze zwischen der Tätergeneration und den nachfolgenden, unbelasteten Generationen zu ziehen.

Verstärkt wurde der öffentliche Argwohn über eine vermeintliche Schlußstrich-Mentalität der neuen Bundesregierung im Mai des kommenden Jahres, als Kohl bei einem Staatsbesuch in einer symbolisch aufgeladenen Versöhnungsgeste, vierzig Jahre nach Kriegsende, gemeinsam mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg Kränze niederlegte. Der Friedhofsbesuch mit Reagan, der eine ähnliche Inszenierung Kohls mit Mitterand in Verdun 1984 aufgriff, erregte in beiden Staaten die Gemüter, als bekannt wurde, daß in Bitburg auch Angehörige der Waffen-SS bestattet waren.

Die Bitburg-Affäre wurde auch von Nolte in seinem Artikel vom 6. Juni 1986 angeführt, als ein Beleg des Nicht-Vergehens der Vergangenheit und unter Verweis auf die vermeintlich ubiquitären Frageverbote: "Zwar rief der Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Soldatenfriedhof Bitburg eine sehr emotionale Diskussion hervor, aber die Furcht vor der Anklage der ‚Aufrechnung‘ und vor Vergleichen überhaupt ließ die einfache Frage nicht zu, was es bedeutet haben würde, wenn der damalige Bundeskanzler sich 1953 geweigert hätte, den Soldatenfriedhof von Arlington zu besuchen, und zwar mit der Begründung, dort

seien auch Männer begraben, die an den Terrorangriffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung teilgenommen hätten." Auch wenn Nolte gerade nicht zu den Hauptprotagonisten der ‚geistig-moralischen‘ Geschichtspolitik zählte, stellte diese Passage doch Bezüge her, die es Habermas und anderen Kritikern ohne großen Aufwand erlaubten, Nolte in die Reihen jener Historiker einzugliedern, welche die Bestrebungen der Regierung Kohl unterstützen.

Sinnbild der christdemokratischen Bemühungen um die Schaffung eines verbindlichen, zustimmungsfähigen und nationalen Geschichtsbildes waren die in der Mitte der 1980er Jahre entstandenen Pläne für ein "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" in Bonn und für ein "Deutsches Historisches Museum" Berlin. Linksintellektuelle Kritiker, unter ihnen Hans Mommsen, und zahlreiche Abgeordnete der SPD sahen in diesen Projekten den volkspädagogischen Versuch, ein neo-konservatives, regierungsamtliches Geschichtsbild zu etablieren. Damit einher ging die Befürchtung, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus solle zunehmend zurückgedrängt werden, um wieder eine unkritisch-affirmative Identifikation mit der deutschen Nationalgeschichte zu ermöglichen.

Im Gegensatz zu Ernst Nolte waren viele der späteren Diskutanten des Historikerstreits, darunter vor allem der konservative Erlanger Historiker Michael Stürmer, massiv in die Debatten um die Museumspläne und die Geschichtspolitik der Bundesregierung involviert. Nicht zuletzt deshalb nahm die Kontroverse, die Noltés Thesen im Juni 1986 ausgelöst hatte, schon früh den Charakter eines Stellvertreterkrieges an. Auf dem Spiel stand nichts Geringeres als die öffentliche Deutungshoheit über die jüngere deutsche Geschichte. Fast emblematisch formulierte Michael Stürmer bereits im April 1986 "daß in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet". Noch ganz im Zeichen der klassischen Rechts-Links-Dichotomie und im Banne der alten Frontlinien aus Zeiten des Kalten Krieges wurde der Konflikt maßgeblich von Christ- und Sozialdemokraten ausgetragen – die junge Partei der Grünen oder Vertreter aus der Generation der Studentenbewegungen nahmen kaum teil. Der Historikerstreit füllte für fast zwei Jahre die Leserbriefspalten der Intellektuellenpresse, bis er 1989 selbst von der Geschichte überholt wurde. Ernst Nolte beharrte im Verlauf der Auseinandersetzung auf seinen Thesen und spitzte sie weiterhin zu. Er fand letztlich selbst im konservativen Lager keine Unterstützung mehr. Heute gilt er in der Historikerzunft Deutschlands als fast vollständig isoliert.

Martin Kindtner

Quellen- und Literaturhinweise

Caplan, J., Frei, N., Geyer, M., The Historikerstreit Twenty Years On, in: German History 24 H.4 (2006), S.587-607.

Evans, R. J., Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1989.

Große Kracht, K., Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005.

Herbert, U., Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: Sabrow, M., Zeitgeschichte als Streitgeschichte, München 2003, S. 94-113.

"Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München, Zürich 1987.

Kailitz, S., Die politische Deutungskultur im Spiegel des Historikerstreits: What's right? What's left?, Opladen 2001.

Maier, Ch. S., Die Gegenwart der Vergangenheit: Geschichte und nationale Identität

der Deutschen, Frankfurt/M. 1992.

Peter, J., Der Historikerstreit und die Suche nach einer nationalen Identität der achtziger Jahre, Frankfurt/M. 1995 (verfügbar als pdf-Datei unter der URL <http://www.all-at-one.de/allatone/JuergenPeter/Historikerstreit2.pdf>, eingesehen 06.04.2009).

Wolfrum, E., Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999.

Vergangenheit, die nicht vergehen will

Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte / Von Ernst Nolte

Der vorliegende gekürzte Text war dazu bestimmt, bei den diesjährigen Frankfurter Römerberggesprächen zum Thema "Politische Kultur – heute?" vorgetragen zu werden. Aus unbekanntem Gründen wurde die Einladung nicht aufrechterhalten. Wir meinen, daß diese Überlegungen der Diskussion nicht entzogen werden sollten.

Mit der "Vergangenheit, die nicht vergehen will", kann nur die nationalsozialistische Vergangenheit der Deutschen oder Deutschlands gemeint sein. Das Thema impliziert die These, daß normalerweise jede Vergangenheit vergeht und daß es sich bei diesem Nicht-Vergehen um etwas ganz Exzeptionelles handelt. Andererseits kann das normale Vergehen der Vergangenheit nicht als ein Verschwinden gefaßt werden. Das Zeitalter des Ersten Napoleon etwa wird in historischen Arbeiten immer wieder vergegenwärtigt und ebenso die Augusteische Klassik. Aber diese Vergangenheiten haben offenbar das Bedrängende verloren, das sie für die Zeitgenossen hatten. Eben deshalb können sie den Historikern überlassen werden. Die nationalsozialistische Vergangenheit dagegen unterliegt - wie kürzlich noch Hermann Lübke hervorgehoben hat - anscheinend diesem Hinschwinden, diesem Entkräftigungsvorgang nicht, sondern sie scheint immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden, aber nicht als Vorbild, sondern als Schreckbild, als eine Vergangenheit, die sich geradezu als Gegenwart etabliert oder die wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist.

Schwarz-Weiß-Bilder

Dafür gibt es gute Gründe. Je eindeutiger sich die Bundesrepublik Deutschland und die westliche Gesellschaft überhaupt zur "Wohstandsgesellschaft" entwickeln, um so befremdender wird das Bild des Dritten Reiches mit seiner Ideologie der kriegerischen Opferbereitschaft, der Maxime "Kanonen statt Butter", der bei Schulfesten im Chor herausgeschmetterten Edda-Zitate wie "Unser Tod wird ein Fest". Alle Menschen sind heute Gesinnungspazifisten, aber sie können gleichwohl nicht aus sicherer Distanz auf den Bellizismus der Nationalsozialisten blicken, denn sie wissen, daß die beiden Supermächte Jahr für Jahr weitaus mehr für ihre Rüstung ausgeben, als Hitler von 1933 bis 1939 ausgegeben hatte, und so bleibt eine tiefe Unsicherheit, die den Feind lieber im Eindeutigen anklagt als in der Verwirrung der Gegenwart.

Ähnliches gilt für den Feminismus: Im Nationalsozialismus war der "Männlichkeitswahn" noch voll von provozierendem Selbstbewußtsein, und in der Gegenwart neigt er dazu, sich zu verleugnen und zu verstecken – der Nationalsozialismus ist also der gegenwärtige Feind in seiner letzten noch ganz unverkennbaren Erscheinungsform. Der Anspruch Hitlers auf "Weltherrschaft" muß sich um so ungeheuerlicher ausnehmen, je unzweideutiger sich herausstellt, daß die Bundesrepublik in der Weltpolitik allenfalls die Rolle eines Staates von mittlerer Größenordnung spielen kann – "Harmlosigkeit" jedoch wird ihr gleichwohl nicht attestiert, und an vielen Stellen ist die Befürchtung noch lebendig, sie könne zwar nicht zur Ursache, aber doch zum Ausgangspunkt eines dritten Weltkriegs werden.

Mehr als alles andere trug indessen die Erinnerung an die "Endlösung" zum Nichtvergehen der Vergangenheit bei, denn die Ungeheuerlichkeit der fabrikmäßigen Vernichtung von mehreren Millionen Menschen mußte um so unfaßbarer werden, je mehr die Bundesrepublik Deutschland durch ihre Gesetzgebung sich der Vorhut unter den humanitären Staaten hinzugesellte. Aber Zweifel blieben eben auch hier, und zahlreiche Ausländer glaubten und glauben ebensowenig wie viele Deutsche an die Identität von "pays légal" und "pays réel".

Aber war es wirklich nur die Verstocktheit des "pays réel" der Stammtische, die diesem Nichtvergehen der Vergangenheit widerstrebte und einen "Schlußstrich" gezogen wissen wollte, damit die deutsche Vergangenheit sich nicht mehr grundsätzlich von anderen Vergangenheiten unterscheidet?

Steckt nicht in vielen der Argumente und Fragen ein Kern des Richtigen, die gleichsam eine Mauer gegen das Verlangen nach immer fortgehender "Auseinandersetzung" mit dem Nationalsozialismus aufrichten? Ich führe einige dieser Argumente oder Fragen an, um dann einen Begriff desjenigen "Verfehlens" zu entwickeln, das nach meiner Auffassung das entscheidende ist, und diejenige "Auseinandersetzung" zu umreißen, die von einem "Schlußstrich" ebenso weit entfernt ist wie von der immer wieder beschworenen "Bewältigung".

Gerade diejenigen, die am meisten und mit dem negativsten Akzent von "Interessen" sprechen, lassen die Frage nicht zu, ob bei jenem Nichtvergehen der Vergangenheit auch Interessen im Spiel waren oder sind, etwa die Interessen einer neuen Generation im uralten Kampf gegen "die Väter" oder auch die Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einem permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins.

Die Rede von der "Schuld der Deutschen" übersieht allzu geflissen die Ähnlichkeit mit der Rede von der "Schuld der Juden", die ein Hauptargument der Nationalsozialisten war. Alle Schuldvorwürfe gegen "die Deutschen", die von Deutschen kommen, sind unaufrichtig, da die Ankläger sich selbst oder die Gruppe, die sie vertreten, nicht einbeziehen und im Grunde bloß den alten Gegnern einen entscheidenden Schlag versetzen wollen.

Die der "Endlösung" gewidmete Aufmerksamkeit lenkt von wichtigen Tatbeständen der nationalsozialistischen Zeit ab wie etwas der Tötung "lebensunwerten Lebens" und der Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, vor allem aber von entscheidenden Fragen der Gegenwart – etwa denjenigen des Seinscharakters von "ungeborenem Leben" oder des Vorliegens von "Völkermord" gestern in Vietnam und heute in Afghanistan.

Das Nebeneinander dieser zwei Argumentationsreihen, von denen die eine im Vordergrund steht, aber sich doch nicht vollständig durchsetzen konnte, hat zu einer Situation geführt, die man als paradox oder auch als grotesk bezeichnen kann.

Eine voreilige Äußerung eines Bundestagsabgeordneten zu gewissen Forderungen der Sprecher jüdischer Organisationen oder das Ausgleiten eines Kommunalpolitikers in eine Geschmacklosigkeit werden zu Symptomen von "Antisemitismus" aufgebauscht, als wäre jede Erinnerung an den genuinen und keineswegs schon nationalsozialistischen Antisemitismus der Weimarer Zeit verschwunden, und um die gleiche Zeit läuft im Fernsehen der bewegende Dokumentarfilm "Shoah" eines jüdischen Regisseurs, der es in einigen Passagen wahrscheinlich macht, daß auch die SS-Mannschaften der Todeslager auf ihre Art Opfer sein mochten und daß es andererseits unter den polnischen Opfern des Nationalsozialismus virulenten Antisemitismus gab.

Zwar rief der Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Soldatenfriedhof Bitburg eine sehr emotionale Diskussion hervor, aber die Furcht vor der Anklage der

"Aufrechnung" und vor Vergleichen überhaupt ließ die einfache Frage nicht zu, was es bedeutet haben würde, wenn der damalige Bundeskanzler sich 1953 geweigert hätte, den Soldatenfriedhof von Arlington zu besuchen, und zwar mit der Begründung, dort seien auch Männer begraben, die an den Terrorangriffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung teilgenommen hätten.

Für den Historiker ist eben dies die beklagenswerteste Folge des "Nichtvergehens" der Vergangenheit: daß die einfachsten Regeln, die für jede Vergangenheit gelten, außer Kraft gesetzt zu sein scheinen, nämlich daß jede Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar werden muß, daß der Zusammenhang immer besser sichtbar wird, in den sie verspannt war, daß die Schwarz-Weiß-Bilder der kämpfenden Zeitgenossen korrigiert werden, daß frühere Darstellungen einer Revision unterzogen werden.

Genau diese Regel aber erscheint in ihrer Anwendung auf das Dritte Reich "volkspädagogisch gefährlich": Könnte sie nicht zu einer Rechtfertigung Hitlers oder mindestens zu einer "Exkulpation der Deutschen" führen? Zieht dadurch nicht die Möglichkeit herauf, daß die Deutschen sich wieder mit dem Dritten Reich identifizieren, wie sie es ja in ihrer großen Mehrheit mindestens während der Jahre 1935 bis 1939 getan haben, und daß sie die Lektion nicht lernen, die ihnen von der Geschichte aufgetragen worden ist?

Darauf läßt sich in aller Kürze und apodiktisch antworten: Kein Deutscher kann Hitler rechtfertigen wollen, und wäre es nur wegen der Vernichtungsbefehle gegen das deutsche Volk vom März 1945. Daß die Deutschen aus der Geschichte Lehren ziehen, wird nicht durch die Historiker und Publizisten garantiert, sondern durch die vollständige Veränderung der Machtverhältnisse und durch die anschaulichen Konsequenzen von zwei großen Niederlagen. Falsche Lehren können sie freilich immer noch ziehen, aber dann nur auf einem Wege, der neuartig und jedenfalls "antifaschistisch" sein dürfte.

Es ist richtig, daß es an Bemühungen nicht gefehlt hat, über die Ebene der Polemik hinauszukommen und ein objektiveres Bild des Dritten Reiches und seines Führers zu zeichnen; es genügt, die Namen von Joachim Fest und Sebastian Haffner zu nennen. Beide haben aber in erster Linie den "innerdeutschen Aspekt" im Blick. Ich will im folgenden versuchen, anhand einiger Fragen und Schlüsselworte die Perspektive anzudeuten, in der diese Vergangenheit gesehen werden sollte, wenn ihr jene "Gleichbehandlung" widerfahren soll, die ein prinzipielles Postulat der Philosophie und der Geschichtswissenschaft ist, die aber nicht zu Gleichsetzungen führt, sondern gerade zur Herausstellung von Unterschieden.

Erhellende Schlüsselworte

Max Erwin von Scheubner-Richter, der später einer der engsten Mitarbeiter Hitlers war und dann im November 1923 bei dem Marsch zur Feldherrnhalle von einer tödlichen Kugel getroffen wurde, war 1915 als deutscher Konsul in Erzerum tätig. Dort wurde er zum Augenzeugen jener Deportationen der armenischen Bevölkerung, die den Anfang des ersten großen Völkermordes des 20. Jahrhunderts darstellten. Er scheute keine Mühe, den türkischen Behörden entgegenzutreten, und sein Biograph schließt im Jahre 1938 die Schilderung der Vorgänge mit folgenden Sätzen: "Aber was waren diese wenigen Menschen gegen den Vernichtungswillen der türkischen Pforte, die sich sogar den direktsten Mahnungen aus Berlin verschloß, gegen die wölfische Wildheit der losgelassenen Kurden, gegen die mit ungeheurer Schnelligkeit sich vollziehende Katastrophe, in der ein Volk Asiens mit dem anderen nach asiatischer Art, fern von europäischer Zivilisation, sich auseinandersetzte?"

Niemand weiß, was Scheubner-Richter getan oder unterlassen haben würde, wenn er anstelle von Alfred Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete gemacht

worden wäre. Aber es spricht sehr wenig dafür, daß zwischen ihm und Rosenberg und Himmler, ja sogar zwischen ihm und Hitler selbst ein grundlegender Unterschied bestand. Dann aber muß man fragen: Was konnte Männer, die einen Völkermord, mit dem sie in nahe Berührung kamen, als "asiatisch" empfanden, dazu veranlassen, selbst einen Völkermord von noch grauenvollerer Natur zu initiieren? Es gibt erhellende Schlüsselworte. Eins davon ist das folgende:

Als Hitler am 1. Februar 1943 die Nachricht von der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad erhielt, sagte er in der Lagebesprechung gleich voraus, daß einige der gefangenen Offiziere in der sowjetischen Propaganda tätig werden würden: "Sie müssen sich vorstellen, er (ein solcher Offizier) kommt nach Moskau hinein, und stellen Sie sich den 'Rattenkäfig' vor. Da unterschreibt er alles. Er wird Geständnisse machen, Aufrufe machen..."

Die Kommentatoren geben die Erläuterung, mit "Rattenkäfig" sei die Lubjanka gemeint. Ich halte das für falsch.

In George Orwells "1984" wird beschrieben, wie der Held Winston Smith durch die Geheimpolizei des "Großen Bruders" nach langen Folterungen endlich gezwungen wird, seine Verlobte zu verleugnen und damit auf seine Menschenwürde Verzicht zu tun. Man bringt einen Käfig vor seinen Kopf, in dem eine vor Hunger halb irrsinnig gewordene Ratte sitzt. Der Vernehmungsbeamte droht, den Verschuß zu öffnen, und da bricht Winston Smith zusammen. Diese Geschichte hat Orwell nicht erdichtet, sie findet sich an zahlreichen Stellen der antibolschewistischen Literatur über den russischen Bürgerkrieg, unter anderem bei dem als verlässlich geltenden Sozialisten Melgunow. Sie wird der "chinesischen Tscheka" zugeschrieben.

Archipel GULag und Auschwitz

Es ist ein auffallender Mangel der Literatur über den Nationalsozialismus, daß sie nicht weiß oder nicht wahrhaben will, in welchem Ausmaß all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in einer umfangreichen Literatur der frühen zwanziger Jahre bereits beschrieben war: Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderungen nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als "feindlich" erachteter Menschen.

Es ist wahrscheinlich, daß viele dieser Berichte übertrieben waren. Es ist sicher, daß auch der "weiße Terror" fürchterliche Taten vollbrachte, obwohl es in seinem Rahmen keine Analogie zu der postulierten "Ausrottung der Bourgeoisie" geben konnte. Aber gleichwohl muß die folgende Frage als zulässig, ja unvermeidbar erscheinen: Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine "asiatische" Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten? War nicht der "Archipel GULag" ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der "Klassenmord" der Bolschewiki das logische und faktische Prius des "Rassenmords" der Nationalsozialisten? Sind Hitlers geheimste Handlungen nicht gerade auch dadurch zu erklären, daß er den "Rattenkäfig" *nicht* vergessen hatte? Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?

Man braucht das verschollene Büchlein von Melgunow nicht gelesen zu haben, um solche Fragen zu stellen. Aber man scheut sich, sie aufzuwerfen, und auch ich habe mich lange Zeit gescheut, sie zu stellen. Sie gelten als antikommunistische Kampfthesen oder als Produkte des kalten Krieges. Sie passen auch nicht recht zur Fachwissenschaft, die immer engere Fragestellungen wählen muß. Aber sie beruhen auf schlichten Wahrheiten. Wahrheiten willentlich auszusparen, mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft.

Die Bedenken wären nur dann berechtigt, wenn man bei diesen Tatbeständen und Fragen stehenbliebe und sie nicht ihrerseits in einen größeren Zusammenhang stellte, nämlich in den Zusammenhang jener qualitativen Brüche in der europäischen Geschichte, die mit der industriellen Revolution beginnen und jeweils eine erregte Suche nach den "Schuldigen" oder doch nach den "Urhebern" einer als verhängnisvoll betrachteten Entwicklung auslösten. Erst in diesem Rahmen würde ganz deutlich werden, daß sich trotz aller Vergleichbarkeit die biologischen Vernichtungsaktionen des Nationalsozialismus qualitativ von der sozialen Vernichtung unterschieden, die der Bolschewismus vornahm. Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord "gerechtfertigt" werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den einen Mord und den einen Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will, obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist.

Wer sich diese Geschichte nicht als Mythologem, sondern in ihren wesentlichen Zusammenhängen vor Augen stellt, der wird zu einer zentralen Folgerung getrieben: Wenn sie in all ihrer Dunkelheit und in all ihren Schrecknissen, aber auch in der verwirrenden Neuartigkeit, die man den Handelnden zugute halten muß, einen Sinn für die Nachfahren gehabt hat, dann muß er im Freiwerden von der Tyrannei des kollektivistischen Denkens bestehen. Das sollte zugleich die entschiedene Hinwendung zu allen Regeln einer freiheitlichen Ordnung bedeuten, einer Ordnung, welche die Kritik zuläßt und ermutigt, soweit sie sich auf Handlungen, Denkweisen und Traditionen bezieht, also auch auf Regierungen und Organisationen aller Art, die aber die Kritik an Gegebenheiten mit dem Stigma des Unzulässigen versehen muß, von denen die Individuen sich nicht oder nur unter größten Anstrengungen lösen können, also die Kritik an "den" Juden, "den" Russen, "den" Deutschen oder "den" Kleinbürgern. Sofern die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gerade von diesem kollektivistischen Denken geprägt ist, sollte endlich ein Schlußstrich gezogen werden. Es ist nicht zu leugnen, daß dann Gedankenlosigkeit und Selbstzufriedenheit um sich greifen könnten. Aber das muß nicht so sein, und Wahrheit darf jedenfalls nicht von Nützlichkeit abhängig gemacht werden. Eine umfassendere Auseinandersetzung, die vor allem im Nachdenken über die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte bestehen müßte, würde die Vergangenheit, von der im Thema die Rede ist, zwar ebenso zum "Vergehen" bringen, wie es jeder Vergangenheit zukommt, aber sie würde sie sich gerade dadurch zu eigen machen.

Hier nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Juni 1986.

Faksimile

Die 2 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Quelle: Hier nach: Ernst Nolte, "Vergangenheit, die nicht vergehen will", Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Juni 1986.

Rechte: © Faksimile: Ernst Nolte, Berlin, 2010.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0080_nol.pdf

Datum: 31. August 2016 um 14:02:24 Uhr CEST.

© BSB München
